



Pressemitteilung vom 09. Oktober 2019

§219a – Liste mit Praxen nicht nur für Hannover, sondern für ganz Niedersachsen online!

Im Juni 2018 stellte Die FRAKTION eine Anfrage zum Thema § 219a, denn das Land Hamburg umgeht das vieldiskutierte sogenannte “Werbeverbot für Abtreibungen” schon seit Jahren vollkommen legal. Die Frage: “Wenn die das können – können wir das dann nicht auch?” lag also zumindest für Die FRAKTION auf der Hand. Gestern hat nun zwar nicht die Stadt, aber die Region Hannover eine Liste von Praxen, die Abbrüche durchführen, auf hannover.de veröffentlicht. Und zwar nicht nur mit Praxen aus der Region Hannover, sondern aus ganz Niedersachsen!

Hannover – Über die Abschaffung des Paragraphen 219a wird seit langem bundesweit diskutiert. Setzte sich die SPD auf Bundesebene ursprünglich für die Abschaffung ein, so knickte sie in den letzten GroKo-Verhandlungen ein. Nach einem Antrag der Länder Berlin, Hamburg, Thüringen, Brandenburg und Bremen wurde die Abschaffung auch im Bundesrat diskutiert. Dass es schon längst kommunale Lösungen gibt, die den Paragraphen legal umgehen, ist in der Öffentlichkeit allerdings kaum bekannt.

Der Grund, warum Hamburg auf der offiziellen Website der Stadt hamburg.de die örtlichen Abtreibungspraxen und Kliniken auflisten darf, ist sehr einfach: als Stadt verdient sie an den Abbrüchen natürlich kein Geld. Nur Ärzte bzw. Praxen, die selbst Abtreibungen durchführen, dürfen dies gemäß § 219a nicht offen kommunizieren.

“Kaum jemand kann solche Daten offizieller zur Verfügung stellen und verfügt auf Seiten der Bevölkerung über mehr Vertrauen, als die Stadt Hannover selbst. Natürlich sollten sich betroffene Frauen auch weiterhin ärztlich beraten lassen, dafür muss man es Ihnen auch ermöglichen, herauszufinden, wo sie dies tun können. Selbst grundlegende Informationen zu Beratungsstellen werden allerdings online immer noch auf Flyern geradezu ‘versteckt’. Das ist vollkommen aus der Zeit gefallen und unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr würdig,” so erklärte Fraktionsvorsitzender Julian Klippert im Juni 2018 die Hintergründe der Anfrage.

Auf die Anfrage antwortete die [Stadt Hannover zunächst sehr zögerlich bis ausweichend](#), nach einigen Wochen im Sommerloch 2018 griff die hannoversche Lokalpresse das Thema auf, und plötzlich kam Bewegung in die Sache. Regionspräsident Jagau verkündete bereits nur einen Tag nach ersten Artikeln zur Ablehnung einer Liste durch die Stadt Hannover das Vorhaben der Region Hannover, eine Liste mit Praxen, die Abbrüche durchführen, öffentlich zugänglich zu machen.

Wie die FRAKTION am gestrigen 08. Oktober 2019 (gut 14 Monate später) erfreut feststellte, ist diese Liste nun tatsächlich online einsehbar, und zwar nicht nur wie ursprünglich angefragt für Hannover selbst, sondern für ganz Niedersachsen! Die FRAKTION zeigt sich daher hocheifrig über die transparente und vor allem öffentliche einsehbare Informations- und Wahlfreiheit für Schwangere in ganz Niedersachsen.

Die FRAKTION berichtet auch auf dem [eigenen Blog über den gesamten Verlauf der Anfrage >>](#).